

Beschränkte Redezeit: «Aktuelle Stunde» soll den Landtag beleben

Reform Am kommenden Mittwoch hält der neu gewählte Landtag seine erste Arbeitssitzung ab. Eine Premiere feiert dabei die «Aktuelle Stunde». Das neue parlamentarische Instrument sieht eine begrenzte Redezeit vor, erwartet werden kurzweilige, pointierte Debatten.

VON MICHAEL BENVENUTI

Landtagssitzungen sind mitunter sehr mühsam und stellen für alle Beteiligten, ob Abgeordnete oder Zuhörer, eine Tortur dar. Zum einen liegt das an den immer komplexeren Problemstellungen, die das Milizparlament an seine Grenzen bringen; zum anderen tragen aber auch die Abgeordneten eine gewisse Mitschuld an der fehlenden Attraktivität der Diskussionen. Bislang waren jene Volksvertreter in der Mehrheit, die ihre ellenlangen, schriftlich verfassten Voten emotionslos vorlesen – frei vorgetragene, spontane und rhetorisch präzise Reden waren die grosse Ausnahme. Und nicht selten gipfelte eine ohnehin ermüdende Debatte in Wortmeldungen, die mit dem Satz begannen: «Meine Vorredner haben zwar schon alles gesagt, ich möchte die wichtigsten Punkte aber nochmals hervorheben.»

10 Minuten Redezeit pro Fraktion

Damit wird nun Schluss sein – zumindest in der «Aktuellen Stunde», die am kommenden Mittwoch ihre Premiere im Landtag feiert. Das neue Gefäss stellt einen wichtigen Pfeiler der am 1. Februar in Kraft getretenen revidierten Geschäftsordnung dar und soll den Landtag beleben. In der «Aktuellen Stunde» haben die Fraktionen die Möglichkeit, ein Thema von landespolitischer Bedeutung aufs politische Parkett zu bringen und innerhalb von 60 Minuten zu diskutieren. Dadurch werde ein wesentlicher Informationswert

für die interessierte Öffentlichkeit geschaffen und die Politik näher an die Einwohner herangetragen, teilte das Landtagssekretariat im Dezember 2012 mit. Auch Landtagspräsident Albert Frick von der FDP verspricht sich von der «Aktuellen Stunde» einen attraktiveren Landtag, wie er gegenüber TV1 erklärte. Die Premiere nächste Woche widmet sich der langfristigen Sicherung der AHV. Vorgeschlagen wurde das Thema von der FDP, der stimmenstärksten Fraktion. Im Mai bestimmt die VU das Thema der 60-minütigen Debatte, im Juni DU und im September schliesslich die Freie Liste.

Die Redezeiten bei der «Aktuellen Stunde» sind in der Geschäftsordnung festgehalten: Der themenbestimmenden Fraktion stehen insgesamt 20 Minuten zur Verfügung, den übrigen 3 Parteien und der Regierung jeweils 10. Nicht ausgeschöpfte Redezeiten verfallen und können nicht von Mitgliedern anderer Fraktionen beansprucht werden. Der Ablauf der «Aktuellen Stunde» folgt ebenfalls einem genauen Prozedere: Nach dem 5-minütigen Eröffnungsreferat durch einen Abgeordneten der themengebenden Partei haben alle vier Fraktionen Anspruch auf einen ersten Redebeitrag. In der Folge kann sich die Regierung – vor allem der für den Themenbereich zuständige Minister – äussern, sofern er will. In der Folge haben alle Mandatäre in freier Reihenfolge Gelegenheit für Wortmeldungen, bis das Zeitkontingent ihrer Fraktion ausgeschöpft ist. Anschliessend darf noch einmal ein Regierungsmitglied ans

Mikrofon. Den Schlusspunkt setzt ein zusammenfassendes Referat der für die Themenauswahl verantwortlichen Fraktion. Nach Ablauf einer Stunde beendet der Landtagspräsident das Traktandum ungeachtet dem Vorhandensein weiterer Wortmeldungen zum Thema. Auf einem zusätzlichen Bildschirm im Plenum sind die verbleibenden Redezeiten von Fraktion und Regierung als Countdown ersichtlich.

In der «Aktuellen Stunde» können übrigens weder Anträge zur Sache gestellt noch Beschlüsse getroffen werden. Ein Ziel sei aber, dass eine Fraktion aufgrund der Diskussion einen parlamentarischen Vorstoss lanciere, betonte Landtagspräsident Albert Frick im «Volksblatt»-Gespräch, etwa in Form einer Motion oder eines Postulats.

Lesungen per Artikelaufwurf

Der April-Landtag kann noch mit einer weiteren interessanten Änderung aufwarten: Die Behandlung einer Gesetzesvorlage per Aufruf der einzelnen Artikel – nur auf Antrag eines Abgeordneten werden die Gesetzesvorlage oder einzelne Artikel daraus verlesen. Diese Neuerung wird für eine deutliche Straffung der Landtagssitzungen sorgen.

Ein ausführliches Interview mit Albert Frick ist im aktuellen TV1-Programm zu sehen, das stündlich wiederholt wird.

TV1
«DAS MUSS ICH SEHEN»



Landtagspräsident Albert Frick von der FDP erhofft sich von der «Aktuellen Stunde» eine Belebung des Landtags. (Foto: Michael Zanghellini)

«Aktuelle Stunde» In Vorarlberg noch kein durchschlagender Erfolg

Die «Aktuelle Stunde» ist keine Erfindung des liechtensteinischen Landtags. Diese Form der zeitlich komprimierten Debatte wird auch in Österreich oder Deutschland praktiziert. In Vorarlberg wurde sie im Herbst 2007 eingeführt, der Landtag er-

hoffte sich dadurch «kurze, pointierte Debattenbeiträge, in welchen zu tagesaktuellen Themen Stellung genommen wird». In der Realität sieht es in Vorarlberg allerdings anders aus, wie Andreas Dünser, stellvertretender Chefredakteur der «Vorarlberger Nachrichten», erklärt. Sein Fazit zur «Aktuellen Stunde»: «Manchmal spannend, in aller Regel langweilig, selten einmal aktuell: Das Beste daran ist die Redezeitbeschränkung.» (mb)

Regierungschef Adrian Hasler: «Am ursprünglichen Zeitplan soll nach Möglichkeit festgehalten werden»

Interview Gemäss Adrian Hasler ist das Inkrafttreten der Entflechtung von Staat und Kirche per 1. Januar 2014 weiterhin das Ziel. Eine ergänzende Verhandlungsrunde zum Konkordat wäre aus seiner Sicht sinnvoll.

VON MARTIN HASLER

«Volksblatt»: Im Herbst soll ein Gesamtpaket aus Verfassungsänderung und Konkordat in den Landtag kommen. Ist dieser Zeitplan angesichts der noch offenen Fragen zum Konkordat und insbesondere der noch zu klärenden Fragen zwischen Gemeinden und Erzbistum realistisch? Adrian Hasler: Das Gesamtpaket besteht aus einer Verfassungsänderung, dem Religionsgemeinschaftengesetz und dem Abkommen mit dem Heiligen Stuhl. Dieses soll auf den 1. Januar 2014 in Kraft treten. Die Regierung möchte nach Möglichkeit an diesem Zeitplan festhalten. Da sich die Gemeinden und die katholische Kirche zur ausgehandelten Lösung bekennen, gehe ich davon aus, dass die noch offenen Fragen bis zum Herbst gelöst werden können.

Sind angesichts der Kritik aus allen Landtagsfraktionen Nachverhandlungen zum Konkordat mit dem Heiligen Stuhl geplant?

Die Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl wurden am 8. November 2012 inhaltlich abgeschlossen. Das Verhandlungsergebnis steht somit grundsätzlich fest und wurde von der vorherigen Regierung auch veröffentlicht. Aus meiner Sicht macht es jedoch Sinn, eine ergänzende Verhandlungsrunde mit dem Heiligen Stuhl abzuhalten. Insbesondere sind die vom Landtag anlässlich der Verabschiedung des Religionsgemeinschaftengesetzes im Dezember 2012 beschlossenen Änderungen mit dem Heiligen Stuhl zu diskutieren.

Inwiefern wurde und wird das weitere Vorgehen mit dem Heiligen Stuhl koordiniert? Der Heilige Stuhl und die Regierung haben am 8. Januar 2013 in einer gemeinsamen Stellungnahme darüber informiert, dass die Unterzeichnung des Abkommens auf-



Regierungschef Adrian Hasler. (Foto: Paul Trummer)

geschoben werden soll. Dies vor allem deshalb, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, die Detailverhandlungen mit dem Erzbistum bzw. den Pfarreien abzuschliessen. Damit kann die Autonomie der einzelnen Gemeinden bestmöglich gewahrt werden.

«Ich gehe davon aus, dass die offenen Fragen bis zum Herbst gelöst werden können.»
ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF

Klärt die Regierung ab, ob ein Verwaltungsvertrag mit dem Erzbistum eine gangbare Alternative zu einem Konkordat darstellen würde? Nein, solche Abklärungen sind derzeit nicht im Gang. Unser Vertragspartner ist der Heilige Stuhl. Dieser ist ein Völkerrechtssubjekt, weshalb das Abkommen Liechtensteins mit dem Heiligen Stuhl einen Staatsvertrag darstellt. Zudem geht der Inhalt des Abkommens über eine reine Verwaltungsmaterie hinaus, weshalb, wie bei Staatsverträgen üblich, das Abkommen dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden soll.

Ist das ursprünglich angestrebte Datum für das Inkrafttreten der gesetzlichen Regelungen für die Entflechtung von Staat und Kirche (1. Januar 2014) immer noch das Ziel?

Am ursprünglichen Zeitplan soll nach Möglichkeit festgehalten werden. Wesentlich ist, dass die drei Komponenten der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und

Markthalle Sargans

Kapital für Neubau ist vorhanden

SARGANS An der Generalversammlung der Markthallengenossenschaft Sargans-Werdenberg ist über Bau und Finanzierung der neuen Markthalle informiert worden. Für den Neubau hat der Vorstand über 2,5 Millionen Franken aufgetrieben. Wie es am Dienstag in Wangs hiess, kostet der Neubau der am 17. März 2011 durch ein Grossfeuer zerstörten Markthalle 4,55 Millionen Franken. Es müssten voraussichtlich nur rund 160 000 Franken bei Banken aufgenommen werden. (sda)

ANZEIGE



Terrassendach

Und der Urlaub beginnt schon zu Hause.

Hilti Glasbau AG, Im alten Riet 153, Schaan
T +423 236 10 00, info@glasbau.li, www.glasbau.li

